

Debatte

Sabine Schiffer

Von Solidaritätsmythen und Kriegslogiken

Medien im Fokus politischer Medienstrategien

Am 24. Februar 2022 marschierte die russische Armee ganz offiziell in die Ukraine ein und seither herrscht für alle sichtbar ein schrecklicher Krieg. Ein Krieg, der in unserer Nähe stattfindet, der unzählige Opfer fordert, Kriegsverbrechen und eine Kriegswirtschaft nach sich zieht, mit zerstörter Infrastruktur, Söldnertruppen, Milizen, toten Zivilst:innen, Vergewaltigungen – wie jeder Krieg.

Medial wird uns der Krieg in der Ukraine detailliert gezeigt und nahegebracht – nicht, wie jeder Krieg. Nicht der Krieg im Jemen, nicht der in der Westsahara, der in Äthiopien, Kolumbien, Kaschmir und an vielen Orten mehr. Und auch die Geflüchteten aus den verschiedenen Konfliktzonen der Welt erregen unterschiedliche Empathie – nicht bei den Helfer:innen, aber in der Politik.

Die Ungleichbehandlung verschiedener Geflüchteter wird in Medien inzwischen kritisch thematisiert, ganz im Sinne einer Vierten Gewalt. In Fragen der eigenen Rolle im Krieg sieht die Position weniger neutral aus. Das Doppelmaß in der Behandlung schrecklicher Kriege wird nicht entlarvt, sondern von den meisten Medien mitgetragen. So verständlich die Empörung ist, so kann und muss man sich nach zwei Monaten Krieg zumindest in den Heimatredaktionen auch die Frage nach den möglichen Folgen politischer Eskalationsspiralen stellen. Welche Handlungsoptionen gibt es, einen Dritten Weltkrieg zu verhindern? Stattdessen wird, wer nicht mit militaristischen Strategieanalysen aufwartet, schnell als Pazifist:in verunglimpft.

Statt die Rolle der Kontrollinstanz einzunehmen, scheinen sich viele Medien in der Rolle einer Kriegspartei wiederzufinden. Medien sind in Kriegszeiten als Vehikel zum Transport von Propaganda fest eingeplant (vgl. Schiffer 2021, Kapitel 3). Genau darum ist es so notwendig, dass sie ihre gesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen: den Blick für die eigentliche Aufgabe und besondere Rolle zu

schärfen, die man als Berichterstatter:in hat, nicht Partei zu ergreifen, sondern die Behauptungen und Manipulationen der Einfältigen und der Mächtigen in Medien und Social-Media-Plattformen aufzudecken.

Doppelmaß statt Wahrheitssuche

Die Wahrheit stirbt schon lange vor dem Krieg. Die Entwicklungslinien dahin aufzuzeigen, gilt teilweise bereits als Relativierung. Wie können Medien da ihrer Aufgabe nachkommen, Behauptungen zu prüfen und kritisch einzuordnen? Dabei ist es keine Neuigkeit, dass im Krieg alle Beteiligten Propaganda betreiben, um bei den eigenen Anhänger:innen Gefolgschaft und bei den Anderen Solidarität zu erreichen (vgl. Zollmann 2017). Kriegspropaganda kommt nicht ohne Kriegslügen aus. Es gilt, sie aufzudecken – auf allen Seiten.

Der russische Präsident Wladimir Putin will die Weltöffentlichkeit glauben machen, dass Russland einen Völkermord im Osten der Ukraine verhindern wollte. Von Bedeutung erscheint in diesem Kontext, dass die Kategorie des »preemptive strike« von dem U.S.-amerikanischen Präsidenten George W. Bush zur Legitimierung des Irakkriegs 2003 propagiert und damit praktisch in die Kriegsrhetorik eingeführt wurde. Diese Bush-Doktrin ist eine unter Völkerrechtler:innen umstrittene Handhabe, weshalb hier mindestens der Sicherheitsrat einzuschalten ist. Denn »Präventivschläge« (und auch »Liquidierungen«) auf Verdacht gibt es rechtsstaatlich nicht.

Auf diese Aushöhlung des Völkerrechts à la Bush beruft sich nun auch Putin. Die Blaupausen lieferten die fadenscheinigen Begründungen für die Kriege des Westens im Irak und in Jugoslawien, wobei letzter die eigentliche »Zeitenwende« in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg einleitete. Bosnien und schließlich der Kosovokrieg mit der Abspaltung des Kosovo und der Neuziehung von Grenzen auf dem Balkan bedeuteten die erste Verletzung der KSZE-Schlussakte von Helsinki nach 1975.

Eine Folge des Kosovokriegs war die NATO-Doktrin von 1999, die auch die Bundeswehr seither in viele Kriege führte und eine vielfach unterschätzte neue Weltkriegeordnung darstellt – mit drei Gründen für Krieg: »humanitäre Intervention«, »Migrationsbewegungen« und »Ressourcensicherung«. Das rechtfertigt nicht das Vorgehen Putins, sondern nimmt umgekehrt alle in die Pflicht, diese Fehlleitung der neueren Geschichte kritisch zu überdenken und bestenfalls zu korrigieren. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag muss um der Gerechtigkeit und seiner Glaubwürdigkeit willen – fernab von jedem Doppelstandard – Putins Kriegsverbrechen ebenso verfolgen wie die von George W. Bush, Tony Blair und einigen anderen mehr.

Statt dass Medien die völkerrechtlichen Fragen einordnen und Doppelstandards einseitiger und interessegeleiteter Empörung aufdecken, stimmen viele ein in den Jubel-Taumel über den möglichen Ausschluss Russlands aus den Verständigungsgemeinschaften – ohne die gleichen Maßstäbe für die anderen Fälle einzufordern. Nie wurden Sanktionen gegenüber USA und Großbritannien gefordert.

Aufgabe der Medien wäre, daran zu erinnern, dass der Krieg in der Ukraine eine Vorgeschichte hat. Dazu gehören mindestens folgende Momente (deren Nichtberichterstattung für 2014 auch der ARD-Programmebeirat monierte; vgl. Daniljuk 2014):

- Dazu gehört der Versuch der EU 2014, die Ukraine von Russland durch einen Assoziierungsvertrag abzukoppeln, was der gewählten, skeptischen Regierung Janukowitsch den Todesstoß versetzte.
- Dazu gehört auch die einseitige Aufkündigung des INF-Abrüstungsvertrags durch die USA 2019 (vom damaligen U.S.-amerikanischen Präsidenten Donald Trump ausgesprochen, vom aktuellen Präsidenten Joe Biden nicht korrigiert).
- Dazu gehört die Nichtumsetzung und auch nicht weitere Einforderung zur Einhaltung des Minsk-II-Abkommens.
- Dazu gehören die regelmäßigen NATO-Manöver in Osteuropa und das bekannt gewordene Ausbildungslager in der Ukraine in der Nähe von Lviv.
- Und dazu gehört die Ablehnung der Verhandlungsangebote Russlands vom Dezember 2021 gegenüber der NATO, um gegenseitige Sicherheitsgarantien zu vereinbaren.

Die Einseitigkeit der Auflistung liegt darin begründet, dass sie fokussiert aufzählt, was in der öffentlichen Debatte fehlt. Erst wenn die Fehlstellen in der Berichterstattung und Kommentierung gefüllt sind, kann die Analyse auf solide Beine gestellt werden. Denn stimmt die Analyse nicht, stimmen auch die Lösungswege nicht. Stattdessen müssten Alternativen diskutiert werden. Medien müssten den Diskursraum öffnen und weiten, statt einer Diskursraumverengung zuzuarbeiten. Wie sähen Optionen für Verhandlungsmöglichkeiten aus? Wie lässt sich der Suggestiv-Dualismus, dass zwischen Waffenlieferungen oder Nichtstun keine Lücke existiere, entlarven (vgl. Schiffer 2022b)? Natürlich gilt auch bei diesem Krieg: Am Ende eines Krieges stehen immer Verhandlungen, die man vor dem Krieg nicht führen wollte – nach vielen Toten und zerstörten Leben mehr.

Diskursverschiebungen

Die Verweigerung der Analyse hingegen kann als strategische Kommunikation ausgemacht werden, als Kriegspropaganda – gewollt oder ungewollt. Es wäre

nicht das erste Mal, dass Europa (vermeintlich blind) in einen Krieg schlittert und Medien sich zu spät fragen, welchen Anteil sie eventuell daran hatten, so wie zuletzt nach dem Jugoslawienkrieg (vgl. Beham 2001; Jaecker 2003; Scheufele 2005; Gritsch 2009, 2016; Becker 2016).

Analyse und Kritik an der aktuellen Propaganda wird schnell als »Putinverstehen« eingeordnet. Doch die gegenseitige Bedrohung ist real, das Misstrauen auch, und das Heranrücken an die Grenzen, das einen Nuklearbeschuss wahrscheinlicher macht, ebenso. In Debatten auf Twitter, aber auch in Talkshows werden diejenigen, die die vielschichtigen Gründe für den Krieg einblenden wollen, diffamiert als »Relativierer«, »Putinverstehere:innen« und Verbreiter von »Whataboutism« oder gar als »Verschwörungstheoretiker:innen«. Was jeweils vorliegt, können Redaktionen erst nach entsprechender Recherche wissen – nicht vorher.

Ein Teil der Analyse müsste sich mit der Frage beschäftigen, inwiefern es überhaupt um die Ukraine und die Ukrainer:innen geht, oder inwieweit sie zum Spielball auf dem Schachbrett der internationalen Geopolitik geworden sind? Ob es sich um Missbrauch und einen Stellvertreterkrieg handelt, der zudem ein Wirtschaftskrieg sein könnte – mit Deutschland im besonderen Fokus.

Tatsächlich deutet die Ablehnung der Verhandlungsangebote Russlands vom Dezember 2021 auf ein ganz anderes Konfliktfeld hin. Putins Forderungen nach gegenseitigen Sicherheitsgarantien wurden gegenüber der NATO formuliert. Die aktuellen (Ver-)Handlungsmöglichkeiten liegen demnach auf der NATO-Russland-Ebene. Wer also die Waffen zum Schweigen bringen will, muss – wie Johan Galtung nicht müde wird zu fordern – den wirklichen, den darunterliegenden Konflikt lösen. Warum aber fordert niemand Verhandlungen zwischen NATO und Russland? Oder bekommen wir solche Forderungen in den Medien nur nicht zu hören?

Zwar ist das völkerrechtlich keine unproblematische Dimension, denn die NATO sollte eigentlich nicht auf die Ebene eines souveränen Staates gehoben werden, aber der Krieg zwingt zum Innehalten. Das gehört ebenso diskutiert wie die Frage nach der Engführung der Debatte auf Waffenlieferungen oder nicht. Darum muss gefragt werden – und das wäre zusätzlich zu den bereits genannten, nicht geführten Debatten die Aufgabe von Medien als Vierte Gewalt –, wer alles diesen Krieg wollte oder ihn zumindest billigend in Kauf nimmt? Denn, wer zu all diesen Möglichkeiten schweigt, will das Schlachten nicht beenden. Wer profitiert? Deutschland und Europa sind das eher nicht.

Suggeriert wird, dass es relevante Gespräche und Verhandlungsangebote schon gegeben hätte. Gar von Appeasement gegenüber Putin ist die Rede, ein beliebter Nazi-Vergleich. Der reale Konflikt um Sicherheitsinteressen und die Verletzung von halbherzigen Zusagen, wie auch die Aufkündigung realer Abrüstungsvereinbarungen sind kein Thema.

Das Weglassen wichtiger Fakten ist ein zentraler Teil von Propaganda. Die strategische Kommunikation der Politik argumentiert unter Auslassung relevanter Fakten. Es wäre die Aufgabe von Medien, genau diese ans Licht zu zerren. Beispielhaft sei hier die Kanzlerrede vom 27. Februar genannt, in der die »Zeitenwende« von 1999 einfach ausgeblendet wurde und vom Angriff auf die Ukraine als vom »ersten Krieg« im Nachkriegseuropa gesprochen wurde.¹⁾

Sprache und Propaganda

Die Konzentration auf Putin alleine, seine Dämonisierung und Pathologisierung, lenkt ab von der Situationsanalyse und ist als Teil von Kriegspropaganda nach Arthur Ponsonby durchschaubar (vgl. Morelli 2014). Die zehn Propagandaregeln seien noch einmal ins Gedächtnis gerufen – mit sicherlich erschreckendem Wiedererkennungswert:

- Wir wollen keinen Krieg!
- Der Gegner ist allein für den Krieg verantwortlich!
- Der Führer des feindlichen Lagers wird dämonisiert.
- Wir verteidigen ein edles Ziel und keine besonderen Interessen!
- Der Feind begeht wissentlich Grausamkeiten, wenn wir Fehler machen, geschieht dies unbeabsichtigt.
- Der Feind benutzt unerlaubte Waffen.
- Wir erleiden geringe Verluste, die Verluste des Feindes sind erheblich.
- Anerkannte Kulturträger und Wissenschaftler unterstützen unser Anliegen.
- Unser Anliegen hat etwas Heiliges.
- Wer unsere Propaganda in Zweifel zieht, arbeitet für den Feind und ist damit ein Verräter!

Während *Waffen* nun euphemistisch *Fähigkeiten* oder *schweres Material* genannt werden, mutiert *Solidarität* zur *Waffenlieferung*. Auch unter *Hilfe* für die Ukraine wird fast nur noch *Kriegsausrüstung* verstanden. Hin und wieder zaghaft kommt die Frage nach der Gefahr einer Verlängerung des Tötens und Sterbens auf, aber offensichtlich setzt man – im Widerspruch zu den Einschätzungen einiger Militärs, die eher zur Mäßigung mahnen – auf Sieg und die »Vernichtung Russlands«, wie es die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock einmal sagte. Wer vor der Kriegslogik und einer Eskalationsspirale warnt, gilt schnell als *Putintroll*, sprich: Verräter. So entsteht ein kohärentes System der Kriegspropaganda,

1 Mit dem Kriegseintritt der NATO auf dem Balkan und dem ersten Einsatz der Bundeswehr im Kosovokrieg 1999, wurde die Nachkriegsordnung radikal verändert. Die neue NATO-Doktrin, die damit möglich und auch implementiert wurde, setzt klare Zeichen für mögliche Kriegseinsätze außerhalb des eigenen Territoriums (vgl. <https://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm>).

wie George W. Bush es formuliert hatte: Wer nicht für uns (und den Krieg) ist, ist gegen uns.

Ein Blick in die Geschichte medialer Rezeption und Darstellung von Kriegshandlungen a posteriori könnte den Redaktionen helfen, auch a priori Mechanismen zu erkennen. Mit Appellen an die Solidarität wurde zuletzt im Afghanistan-Krieg gearbeitet, der auch lange nicht »Krieg« genannt werden durfte. Aus Solidarität mit Frauen, Mädchen und schließlich Soldat:innen sollte der Krieg begrüßt werden. »Humanitär« notwendig sei er gewesen (vgl. Schiffer 2022a). Wieviel von der Solidarität übriggeblieben ist, die die Politik 20 Jahre lang propagierte, konnten wir im letzten Winter an den im Stich gelassenen Menschen in Afghanistan sehen. Man wünschte sich wirklich, mehr Redaktionen erinnerten sich an die Vorgehensweise strategischer Kommunikation, um sie beim nächsten Mal besser erkennen zu können (vgl. Schiffer 2021).

Bereits die Engführung auf ein Ja oder Nein zu Kriegsmandaten ist Kriegspropaganda, denn der Weg dahin ist mit Unterlassungen gepflastert. Es ist die notorisch ignorierte Friedensbewegung, die Fehlentwicklungen kontinuierlich kritisiert, aber ungehört bleibt und nur zu den Folgen der Versäumnisse von politischer Seite Stellung nehmen darf. Ein großes Potenzial an Möglichkeiten eines konstruktiven Friedensjournalismus lassen die Redaktionen jedes Jahr aufs Neue ungenutzt, wenn über die Jahrestagung der deutschen Friedensbewegung – den Kasseler Friedensratschlag – nicht berichtet wird. Ebenso wie keine kritische Begleitung der ewig aufgeschobenen Energiewende außerhalb von Umwelt- und Friedenbewegung stattfindet. Tatsächlich bleibt die Ressourcenfrage der Kriegsgrund der Zukunft.

Beschönigende Begriffe verschleiern, worum es geht: »Energiesicherheit« klingt ähnlich gut wie »Gefahrenabwehr« – besonders, wenn damit Kontrolle und im Zweifelsfall Krieg gemeint ist. »Auslandseinsatz« ist ein Euphemismus für Krieg. In Mali heißt das »Stabilisierungsmission«. Das klingt nicht viel anders als Putins »Sonderoperation« in der Ukraine. Erinnern wir uns auch an die »chirurgischen Operationen« bei der Bombardierung Bagdads. Diese Euphemismen sind Spins, sie geben dem Bezeichneten einen (positiven) Dreh, um das Schmutzige aller Kriege wohlklingend übertünchen zu können: Söldner, zerstörte Infrastruktur, Milizen, tote Zivilist:innen, Vergewaltigungen. Solche Spins sind zu entlarven als das, was sie sind: Kriegspropaganda im schlimmsten Orwell'schen Sinne.

Frei nach George Orwell könnte man heute sagen: Krieg ist Solidarität. Man höre nur einmal den Debatten unter Journalist:innen zu, etwa beim WDR-Presseclub am 24. April 2022. Die Prämisse, wer vor Waffenlieferungen warnt, sei unsolidarisch und lasse die Menschen in der Ukraine im Stich, wurde nicht hinterfragt – ein weiteres Déjà-vu aus dem Afghanistan-Krieg.

Zum Krieg gehören immer ein Bilder- und Medienkrieg

Immer neue Schreckensbilder und Heldenstories emotionalisieren und framen die Nachdenklichen als Herzlose, weil sie sich dem waffenstarreren Solidari-täts-Spin entziehen. So werden die Fotos von Bucha ein Label, ein Mittel zum Zweck der Kriegspropaganda, lange bevor eine unabhängige Untersuchung stattfinden kann. Auch wenn die Bilder keine Fälschungen sind, wie in Rugovo^[2] und Racak im Jugoslawienkrieg der 1990er-Jahre, ist ihre Instrumentalisierung für Propagandazwecke gewiss.

Zum Bilderkrieg gehören auch strategisch veröffentlichte Satellitenbilder. Ob es sich dabei um strategische Leaks handeln könnte, wäre stets zu prüfen. Geprüft wird wieder von *Bellingcat*, einer Organisation, die in der Ukraine-Krise 2014 bereits als unseriöse Quelle vom *Spiegel* entlarvt worden war (vgl. Bidder 2015), jedoch jetzt wieder als Quelle von Medien akzeptiert wird. Das Genre des Fact-Checkings nutzt nur zum Teil sein Potenzial, Kriegslügen aufzudecken. Ein anderer Teil droht selbst zum Schauplatz von Kriegs-PR zu werden.

Die Deutsche Welle hat erste Fälschungen bei den Heldenstories aus der Ukraine aufgedeckt.^[3] Aber insgesamt scheint es wenig Bewusstsein dafür zu geben, dass im Krieg immer alle Seiten Kriegspropaganda betreiben und zwischen Zensur und Soft Power zu allen Mitteln greifen.^[4] Während die NATO-Stabsstelle in der EU, die East StratCom Task Force (vgl. Bonse 2021)^[5], Journalisten über russische Desinformation »aufklärt«, trägt sich das ukrainische Außenministerium in das FARA-Register in den USA ein und belegt damit die Beteiligung US-amerikanischer PR-Agenturen (vgl. Becker/Beham 2008).^[6]

Während Russland das Wort »Krieg« offiziell verbietet, NGOs ausweist und unabhängige Medien schließt, werden auf EU-Ebene, obwohl rechtlich nicht zuständig, »Feindsender« wie RT und Sputnik verboten (vgl. Bonse 2022a, 2022b). Und Google weist Websitebetreiber darauf hin, dass sie von Google

2 Vgl. WDR-Story »Es begann mit einer Lüge« und meinen Beitrag zu den Déjà Vus im Vergleich zum Jugoslawienkrieg: <https://www.heise.de/tp/features/Blaupausen-fuer-die-Ukraine-6527247.html?seite=all>

3 Deutsche Welle (2022): Faktencheck. Warum diese militärischen Erfolge der Ukraine nicht echt sind. In: *dw.de* (14.04.2022) <https://www.dw.com/de/faktencheck-warum-diese-milit%C3%A4rischen-erfolge-der-ukraine-nicht-echt-sind/a-61473133> (25.04.2022)

4 Wie Jan Jessen über den Kriegsbeginn aus der Ukraine berichtet, weichen viele Darstellungen von seinen Erlebnissen ab (z. B. in Bezug auf eine Bombardierung Kiews) und er beschreibt die eingeschränkten Zugänge; so darf er etwa nicht in den Donbas einreisen, um von dort aus zu berichten (vgl. <https://www.nrz.de/region/niederrhein/live-talk-ueber-ukraine-nrz-reporter-schildert-eindruecke-id234914307.html>).

5 Der Friedensnobelpreisträger Europa tut sich schwer, ein Hort des Friedens zu sein. Intern pflegt man das Image eines Friedensprojekts. Extern begehrt man mit der sog. »Grenzschutzagentur« Frontex militärisch Menschenrechtsverletzungen an der Außengrenze der EU. Insofern ist die Kooperation mit der NATO (in Folge der Ukraine-Krise 2014) nur konsequent – ebenso wie die geopolitischen Interessen, die sich hinter dem sog. Strategic Compass verbergen. (www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade).

6 14. März 2022: Kaczmarek, Lukas Jan – Ministry of Foreign Affairs of Ukraine, Registration Nr. 7095, FARA https://efile.fara.gov/orders/fara/?p=1381:200:5018951167338::RP;200:P200_REG_NUMBER:7095 (25.04.2022)

Ads-Einnahmen ausgeschlossen werden, wenn sie nicht auf Linie berichten (vgl. https://journalistik.online/wp-content/uploads/2022/05/GOOGLE_-Wichtiger-Hinweis_-Aktualisierung-zur-Ukraine.html). Das sind medienrechtliche Grenzüberschreitungen, die folgenreich sein könnten. Dazu zählt auch die Internierung des Wikileaks-Gründers Julian Assange, der Kriegsverbrechen aufdeckte – während die Kriegsverbrecher unbehelligt bleiben, ohne jede Anklage oder auch nur Untersuchung.

Während in Russland nur noch Staatsmedien die Sicht des Kremls verkünden dürfen, degradieren sich zahlreiche westliche Medien gerade selbst zur Kriegspartei – schließlich wähnt man sich auf der »richtigen Seite der Geschichte«. Doch die Geschichtsschreibung lehrt Demut. Wie Egon Bahr, der Architekt der Ostpolitik unter dem deutschen Kanzler Willy Brandt, vor Schüler:innen sagte: »In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das. Egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt« (zit. nach Riemer 2013).

Medien müssten fragen: Welche sind die Interessen der verschiedenen Akteur:innen? Die Interessen von Russland, der Ukraine, der baltischen Staaten, Polen, der NATO, der EU, den USA, China u.v.m.? Bei der Vervollständigung der Fakten, die Journalismus – im Gegensatz zur PR – leisten muss, ergibt sich womöglich ein anderes Bild als das schwarz-weiße von nur Gut und nur Böse. Ein dualer Manichäismus à la George W. Bush ist die beste Vorbereitung auf Kriegsbereitschaft, da stören Grautöne und Differenziertheit nur. Und das wissen gut bezahlte Spin-Doktor:innen zu nutzen.

Nein zur Kriegspropaganda!

Medien sind besonders wichtige Ziele strategischer Kommunikation, also von PR, weil sie den Darstellungen besondere Glaubwürdigkeit verleihen. Und die gezeigten Schrecken müssen auch nicht falsch sein, um doch bei fehlender Einordnung propagandistische Wirkung zu erzielen – weil eben die Einordnung fehlt, das Verstehen der Bilder, die Geschehnisse, die zur Momentaufnahme geführt haben.

Selbstkritik in Sachen Medienleistung, aber auch in Sachen Eurozentrismus oder neuem Nationalbewusstsein stünde den Redaktionen und auch der Medien- und Kommunikationswissenschaft gut zu Gesicht, wie es etwa Noam Chomsky für die USA in seinem hörenswerten Interview mit Jeremy Scahill zeigt (vgl. Scahill 2022). Die Gesellschaft ist auf valide Informationen zur Meinungsbildung angewiesen. Sie misstraut einem Journalismus, der sich nicht mehr als Kontrolleur von Macht und Manipulation begreift – und das gilt nicht nur beim Thema Krieg.

Über die Autorin

Sabine Schiffer, Prof. Dr. phil., lehrt an der Hochschule für Medien Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) in Frankfurt/M. Nach ihrer Promotion zur Islamdarstellung in den Medien gründete sie 2005 das Institut für Medienverantwortung (IMV) in Erlangen, das seit 2018 in Berlin ansässig ist. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind das Verhältnis von Vierter und Fünfter Gewalt (also PR und Lobbyismus), Stereotypenforschung und Medienbildung.

Die englische Version dieses Artikels wurde übersetzt von Sophie Costella.

Literatur

- Becker, Jörg; Beham, Mira (2008): *Operation Balkan. Werbung für Krieg und Tod*. Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Becker, Jörg (2016): *Medien im Krieg – Krieg in den Medien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Beham, Mira (2001): Wie Medien zur Kriegsrechtfertigung beitragen. In: *Friedensforum 1/2001*. Online unter: <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/wie-medien-zur-kriegsrechtfertigung-beitragen> (24.04.2022)
- Bidder, Benjamin (2015): »Bellincat betreibt Kaffeesatzleserei« In: *Der Spiegel* (03.06.2015) <https://www.spiegel.de/politik/ausland/mh17-satellitenbilder-bellingcat-betreibt-kaffeesatzleserei-a-1036874.html> (25.04.2022)
- Bonse, Eric (2021): Wie EU und NATO gegen Desinformation vorgehen. In: *medienmeinungen.de* (07.10.2021) <https://medien-meinungen.de/2021/10/wie-eu-und-nato-gegen-desinformation-vorgehen> (25.04.2022)
- Bonse, Eric (2022a): Das RT-Verbot war erst der Anfang. In: *Lost in EU-Blog*, 20.04.2022. <https://lostineu.eu/das-rt-verbot-war-nur-der-anfang> (25.04.2022)
- Bonse, Eric (2022b): Zensur und Desinformation. IMV-Sonder-Newsletter April 2022. In: *Medienverantwortung.de*. Online unter: <https://medienverantwortung.de/2022/04/13/zensur-und-desinformation-imv-sonder-newsletter-april-2022> (06.05.2022)
- Daniljuk, Malte: Ukraine-Konflikt: ARD-Programmbeirat bestätigt Publikumskritik. In: *Telepolis*, 18. September 2014. <https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-Konflikt-ARD-Programmbeirat-bestaetigt-Publikumskritik-3367400.html> (6.05.2022)
- Gritsch, Kurt (2009): *Peter Handke und »Gerechtigkeit für Serbien«*. Innsbruck: Studienverlag.
- Gritsch, Kurt (2016): *Krieg um Kosovo. Geschichte, Hintergründe, Folgen*. Innsbruck: Innsbruck University Press.

- Jaeger, Tobias (2003): Die deutschen Medien und der Kosovo-Krieg. In: *Jaeger.com*, 10.04.2003. <http://www.jaeger.com/2003/04/die-deutschen-medien-und-der-kosovo-krieg> (24.04.2022)
- Morelli, Anna (2014): *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*. (2. Aufl.) Springer: zu Klampen-Verlag.
- Riemer, Sebastian (2013): Egon Bahr schockt die Schüler: »Es kann Krieg geben«. In: *rnz.de*, 04.12.2013. https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-Heidelberg-Egon-Bahr-schockt-die-Schueler-Es-kann-Krieg-geben-_arid,18921.html (06.05.2022)
- Scahill, Jeremy: Noam Chomsky and Jeremy Scahill on the Russia-Ukraine War, the Media, Propaganda, and Accountability In: *The Intercept*, 14.04.2022. <https://theintercept.com/2022/04/14/russia-ukraine-noam-chomsky-jeremy-scahill/> (25.04.2022)
- Scheufele, Bertram (2005): Mediale Legitimierung von Kriegen durch Rollen-Zuschreibung: eine explorative Studie zur Berichterstattung deutscher Nachrichtenmagazine über den Kosovo-Krieg. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, Baden-Baden: Nomos eLibrary 53/2005, Nr. 2/3: S. 352-368.
- Schiffer, Sabine (2021): *Medienanalyse. Ein kritisches Lehrbuch*. Frankfurt/M.: Westend-Verlag.
- Schiffer, Sabine (2022a): Wie deutsche Medien die Bundesregierung am Hindukusch verteidigten. In: *Telepolis*, 20.03.22. <https://www.heise.de/tp/features/Wie-deutsche-Medien-die-Bundesregierung-am-Hindukusch-verteidigten-6565832.html> (24.04.2022)
- Schiffer, Sabine (2022b): Bewährungsprobe für den Journalismus. Von der edlen Lüge zu guten Fake-News? In: *Der Tagesspiegel* vom 16./17.04.2022. Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/bewaehrungsprobe-fuer-den-journalismus-von-der-edlen-luege-zu-guten-fake-news/28257920.html> (25.04.2022).
- Thoden, Ronald; Schiffer, Sabine (Hrsg.) (2014): *Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen*. Frankfurt/M.: Selbrund-Verlag.
- Zollmann, Florian (2017): *Media, Propaganda and the Politics of Intervention*. New York: Peter Lang.